

Männerquote für Medizinstudenten



Claudia Schmidtke, 52, Professorin für Herzchirurgie, CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Gesundheitsausschuss, über Maßnahmen zur besseren Patientenversorgung

SPIEGEL: Der Ärztemangel nimmt insbesondere auf dem Land zu; Sie fordern als Gegenmaßnahme eine Männerquote für Studenten. Warum?

Schmidtke: Etwa zwei Drittel der heutigen Studienanfänger sind weiblich, was daran liegt, dass der Numerus clausus vielerorts bei 1,0 liegt und Mädchen die besseren Abiturnoten haben. Später fällt es jungen Eltern schwer, Beruf und Familie zu vereinbaren; viele der Mütter unter den Ärztinnen können nur Teilzeit arbeiten. Auch die Facharztausbildung fällt meist in die Kinderphase. Es wäre mir lieber, wenn wir den Mangel durch bessere Vereinbarkeit ausgleichen könnten, aber dort sind wir noch lange nicht. Wenn wir daher nicht mehr Männer an den Hochschulen zulassen, fürchte ich zukünftig existenzielle Versorgungsprobleme.

SPIEGEL: Wäre eine Männerquote für Studierende denn rechtlich zulässig?

Schmidtke: Wenn es Frauenquoten für Aufsichtsräte gibt, warum sollte es keine für Hochschulen geben? Wir brauchen

überall die Parität der Geschlechter, in der medizinischen Versorgung schon deshalb, weil auch unsere Patienten Männer und Frauen sind. Diese Parität wünsche ich mir bis in die Chefetagen: In meinem Gebiet, der Herzchirurgie, gibt es deutschlandweit keine Chefarztin.

SPIEGEL: Viele Mediziner versorgen keine Patienten in Deutschland, sondern gehen ins Ausland, in die Pharmaindustrie oder zu Versicherungen. Wie groß ist das Problem?

Schmidtke: Jedes Jahr verlieren wir rund 2000 Ärzte ans Ausland! Es gibt eine etwas veraltete Zahl, von 2003, nach der fast 40 Prozent derer, die ein Medizinstudium beginnen, am Ende nicht als Ärzte praktizieren.

SPIEGEL: Sollte man nicht einfach mehr Mediziner ausbilden und später das Studium splitten in einen Zweig für Praktiker und einen für alle anderen?

Schmidtke: Eine Erhöhung der Studienplätze wäre gewiss sinnvoll. Aber die Finanzierung ist schwierig: Ein Medizinstudium kostet mindestens 200 000 Euro. Die Kosten tragen die Bundesländer.

SPIEGEL: An der Universität Lübeck wählen Sie Medizinstudenten mit aus. Können Sie bei der Auswahl Weichen stellen für die spätere Versorgung?

Schmidtke: Dagegen, dass sich mehr Frauen vorstellen, wegen ihrer guten Noten, können wir nichts tun. Aber wer sagt, er oder sie möchte später eine Praxis auf dem Land übernehmen: Den sollten wir künftig bevorzugen. AB

Umweltbundesamt zweifelt an Wirksamkeit

● Die Beschlüsse der Koalition auf dem Dieselpfahl am vorigen Montag reichen mutmaßlich nicht aus, um Fahrverbote in allen deutschen Städten zu verhindern. Dies befürchtet das Umweltbundesamt (UBA). »Wir sehen nicht, dass sich damit die Grenzwerte bis 2020 einhalten lassen werden«, sagt Marion Wichmann-Fiebig, Leiterin der Abteilung Luft. Skeptisch sind die Beamten insbesondere, ob die Tauschaktion älterer gegen neuere Dieselfahrzeuge sich als wirksam erweisen wird. Schon der Autotausch, der nach dem Dieselpfahl 2017 anließ, brachte wenig positive Auswirkungen auf die Luftqualität, wie das UBA feststellte. »Die Lösung, die wir jetzt haben, ist beliebig unkonkret«, moniert Expertin Wichmann-Fiebig. Auf Kritik stößt bei ihr, dass die Prämien auf Neufahrzeuge besonders hoch ausfallen, wenn die Kunden größere Modelle wählen – die wie-

derum mehr Schadstoffe produzieren. Das UBA ist eine nachgeordnete Behörde des Bundesumweltministeriums, dessen Ministerin Svenja Schulze (SPD) den Kompromiss mit ausgehandelt hat. Er sieht neben Tauschprämien auch eine Nachrüstung älterer Diesel mit Stickoxidkatalysatoren vor, sofern dies technisch möglich ist. Die Details dieser Maßnahme sind noch nicht geregelt, genauso wenig wie die Frage, ob die Autokonzern dieses Angebot bezahlen. FRI, MAB, GT



Demonstrant in Berlin im März

Berlin finanziert Kissinger-Verehrung

● Das Auswärtige Amt (AA) unterstützt das »Kissinger Center for Global Affairs« an der School of International Advanced Studies in Washington. Mit drei Millionen Euro finanziert das AA bis 2021 einen Helmut-Schmidt-Lehrstuhl am Center. Lange hatte das Amt bestritten, Mittel für das Center zur Verfügung zu stellen, das Henry Kissinger ehren soll. Der frühere Nationale Sicherheitsberater und US-Außenminister war mitverantwortlich für die Bombardierung des neutralen Kambodschas



Kissinger, Schmidt in Washington, D. C., 1974

1969, die Verlängerung des Vietnamkriegs und die Machtübernahme des Diktators Augusto Pinochet in Chile 1973. Wie ein Tonbandmitschnitt belegt, wünschte er dem sozialdemokratischen Kanzler Willy Brandt den Tod an den Hals (SPIEGEL 20/2014). Als das AA und das Bundesverteidigungsministerium der Universität Bonn 2013 eine »Henry-Kissinger-Proessur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung« stifteten, gab es breite Proteste. Die derzeitige Zuwendung für das Kissinger Center geht auf eine Initiative von vor zwei Jahren zurück, an der Kissinger selbst beteiligt war. Mit dabei: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), damals Finanzminister, und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD), seinerzeit Außenminister. Der Umweg über einen Schmidt-Lehrstuhl ist erklärbar: Der SPD-Politiker und Kissinger waren befreundet. Erste Lehrstuhlinhaberin ist die Historikerin Kristina Spohr, eine Bewunderin der beiden Politiker. KLW